

lung bei der Nachfragestabilisierung, die bei Keynes ebenfalls wichtig ist, wurde nicht angesprochen, was jedoch mit der vorhandenen Übernachfrage in dieser Phase erklärbar ist.

Fazit

In dieser ersten Phase der europäischen Integration herrschte ein Keynes'sches Staatsverständnis vor. Einem solchen Staatsverständnis folgend soll der Staat häufig und weitgehend in die Wirtschaft eingreifen. Dies wurde in dieser Phase – so die in den Vorgaben herrschende Ansicht – jedoch zunehmend erschwert. Die Mitgliedstaaten gingen grundlegend von einer Einschränkung ihrer Interventionsmöglichkeiten durch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung aus. Diese schränkte die bestehenden nationalstaatlichen Instrumente in ihrer Wirksamkeit ein, worauf mit einem gemeinschaftlichen Vorgehen zur Wiedererlangung der Interventionsmöglichkeiten reagiert wurde. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik sollte die Interventionsmöglichkeiten jedoch nicht nur in dem Sinne erweitern, dass dadurch der Status quo wieder hergestellt wurde, sondern auch insofern, als dass die nationalstaatlichen Instrumente und Maßnahmen durch ein gemeinschaftliches Vorgehen effektiver wurden, die Interventionsmöglichkeiten demnach auch im Vergleich zum Status quo ausgeweitet wurden. Dies war nicht nur bei der gemeinsamen Reaktion auf konjunkturelle Krisen der Fall, sondern auch hinsichtlich der Sicherstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit, z.B. durch gemeinsame Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung.

Das gemeinsame Vorgehen entspricht der der kritischen Strategie, die aus der globalisierungskritischen Position abgeleitet wurde: Die Handlungsfähigkeit eines interventionistischen Staates wird durch einen Ausbau bzw. eine Wiedererlangung von Interventionsmöglichkeiten gestärkt. Vor diesem Hintergrund wurde im Laufe der Jahre ein recht weitgehendes gemeinsames Vorgehen entwickelt. Dies macht sich besonders deutlich daran fest, dass die Mitgliedstaaten ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Rahmen der Konsultationen genehmigen lassen mussten, auf gemeinschaftlicher Ebene quantitative und qualitative Orientierungsdaten für die Haushaltspolitik festlegten und das Ziel der Vergemeinschaftung der Berufsausbildungspolitik verfolgten.